

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

1.10.1863 (No. 230)



# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 1. Oktober.

N. 230.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Auf das mit dem 1. Oktober begonnene vierte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an.

Für Frankreich abonniert man bei Hrn. G. Meurandre in Straßburg (Brandgasse Nr. 28) und in Paris (2, Cour du Commerce, Saint-André-des-Arts).

## Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 30. September.  
Ordensverleihungen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 19. August d. J.

gnädigst bewogen gefunden:  
dem k. k. österreichischen Feldmarschall-Lieutenant August Freiherrn von Stillsfried-Ratencz, zweitem Inhaber des k. k. 50. Linien-Infanterieregiments Großherzog von Baden, das Kommandeurkreuz mit Stern, und dem k. k. österreichischen Oberst Karl Schwaiger, Kommandant obengenannten Regiments, das Kommandeurkreuz des Ordens vom Heiligen Wäin zu verleihen.

Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 3. Septbr. d. J.

gnädigst bewogen gefunden, dem Geheimen Hofrath Dr. Karl Zell zu Freiburg die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu erteilen, das ihm von Seiner Heiligkeit dem Papsst Pius IX. verliehene Kommandeurkreuz des St. Gregorius-Ordens anzunehmen und zu tragen.

## Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 18. Septbr. d. J.

gnädigst bewogen gefunden:  
den provisorisch in Ruhestand versetzten Hüttenverwalter Gysler in Hausen definitiv in Ruhestand zu versetzen; den Privatdozenten an der Universität und Adjunkten am k. k. österreichischen Naturalienkabinet in Wien, Dr. Karl Zittel, zum Professor der Mineralogie und Geognosie an der Polytechnischen Schule zu ernennen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

Frankfurt, 30. Sept. Protestantenversammlung. Anwesend gegen 150 Mitglieder. Angenommen wurde der erste Paragraph des Statutenentwurfs, betreffend die Gründung eines deutschen Protestantenvereins, bezweckend 1) den Ausbau der deutschen evangelischen Kirchen auf Grundlage des Gemeindepinzips und Anbahnung einer organischen Verbindung der einzelnen Landeskirchen; 2) Wahrung der Rechte, Ehre, Freiheit und Selbständigkeit des Protestantismus und Bekämpfung alles unprotestantischen und hierarchischen Wesens; 3) Förderung der christlichen Duldung, und 4) Anregung und Förderung christlicher Unternehmungen.

Kopenhagen, 29. Sept. Nach dem Entwurf eines Grundgesetzes mit Wahlgesetz, welcher dem Reichsrath vorgelegt worden, soll der Reichsrath für das Königreich und Schleswig bestehen aus zwei Kammern; die Erste wird theils von dem König ernannt, theils von den höchstbesteuerten gewählt. Befugnisse wie bisher. Ein von dem Reichsrathe beschlossenes und von dem König genehmigtes Gesetz ist unabhängig von der Zustimmung der Legislatur anderer Landesheile, wenn das Gesetz es nicht anders bestimmt. Beigefügt sind Interimsbestimmungen behufs der Anwendung des Grundgesetzes auf Angelegenheiten, wofür noch Gemeinschaft mit Holstein besteht.

Der Marineminister beantragt zwei zum Friedensbudget gehörige Extratredite für neue Panzerbatterien und die Bepanzerung einer Fregatte, ferner die Vergrößerung der Transportschiffe und Befugniß zur Aushebung von 5000 Mann.

### Deutschland.

Karlsruhe, 30. Sept. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 41 enthält (außer Personalnachrichten):

1. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großh. Handelsministeriums: a) Die Errichtung einer Telegraphenstation zu Hockenheim betreffend. b) Die Organisation des Eisenbahndienstes betreffend. (Darnach wurden auf den Stationen Wammenthäl, Helmsstadt, Griesen und Berlingen Gütere Expeditionen errichtet, welche mit dem 1. Oktbr. 1. bezüglich der Station Beringen jedoch mit der Beschränkung in Wirksamkeit treten werden, daß daselbst nur Rohmaterialien, und zwar in ganzen Wagenladungen,

zur Beförderung aufgegeben, beziehungsweise von andern Stationen bezogen werden können.) c) Die Organisation der für Fortsetzung des Eisenbahnbaues erforderlichen Stellen betreffend. (Darnach wurde für den Bau der Eisenbahn von Offenburg bis Hausach eine Eisenbahn-Bauinspektion mit dem Sitz in Gengenbach errichtet.) d) Die Aufhebung der Eisenbahn-Hochbau-Inspektion Heidelberg und die Errichtung einer solchen zu Mosbach betreffend.

II. Dienstverleihungen. An dem Gymnasium und der höhern Bürgerschule in Lahr ist eine mit dem zweiten Diakonats daselbst verbundene Lehrstelle mit einer jährlichen Besoldung von 800 fl. bis 1100 fl. in Erledigung gekommen.

Frankfurt, 29. Sept. Die „Frankf. Postztg.“ schreibt: Die Einladungen zu der Münchener Zollkonferenz sind jetzt von der bairischen Regierung versandt. Die Konferenz wird am 5. Okt. zusammentreten.

Frankfurt, 29. Sept. (Fr. P. Ztg.) Nachdem vor einigen Tagen der Prinz Christian von Dänemark und dessen Gemahlin, sowie Prinz Frederik und Prinzessin Dagmar von Dänemark zum Besuch der landgräflichen Familie zu Schloß Rumpenheim angekommen sind, ist gestern Abend — mit dem letzten Zuge der Main-Weiser-Bahn von Petersburg kommend — auch der König der Hellenen in Begleitung des Grafen Sponeck dort eingetroffen, um sich von seinen Großeltern zu verabschieden. Nach zweitägigem Aufenthalt wird sich derselbe direkt nach London begeben und von da aus über Paris reisend sich in London nach Griechenland einschiffen. Die Familie des Prinzen Christian wird noch bis Mitte nächsten Monats dort verweilen und dann zu einem längeren Besuche der Prinzessin von Wales nach England abreisen.

Weimar, 29. Sept. Die „Weimar. Ztg.“ enthält einen offiziellen Artikel „Zur Reformfrage“, dem wir Folgendes entnehmen:

Bei der Prüfung des österreichischen Reformprojekts fragte es sich, bietet dasselbe überhaupt einen Fortschritt, liegt dieser auf der Bahn zum erstrebten Ziele, und eröffnet er die Möglichkeit weiterer Fortschritte auf dieser Bahn? Seinen Grundzügen nach gestaltet das Projekt die Bejahung aller drei Fragen. Abgesehen von der immerhin sehr werthvollen Einsetzung eines Bundesgerichts, erscheint die organische Verfassung einer Volksvertretung, welcher in Angelegenheiten der Bundesgesetzgebung und der Bundesangelegenheiten die Mitwirkung, nächst dem in allen Bundesangelegenheiten das Recht der Vorstellung und der Beschwerde zusteht, ein so zweifelloses Fortschritt auf der Bahn zum richtigen Ziele, ein so wirksames Mittel zu weiterer geistlicher Ausbildung, daß man alle die Mängel, welche die beabsichtigte Reform unter den bestehenden Verhältnissen naturgemäß haben muß, recht häufig auf sich beruhen lassen kann.

Aber freilich auch nur solche Mängel, nicht auch Mängel, welche in der Natur der Dinge keine Erklärung finden, am wenigsten aber solche, welche den Werth des Dargebotenen verkümmern oder auch ganz illusorisch machen. Und an Mängeln dieser letztern Art fehlt es nicht. Es ist hier nicht der Ort, auf dieselben in ihren Einzelheiten näher einzugehen. Uns scheint, als ob der Entwurf, ganz abgesehen von mancherlei Lücken und Unklarheiten, welche bei der Ausführung gar bald hervortreten und möglicher Weise sofort zu sehr bedenklichen Konflikten führen würden, und abgesehen von allen denjenigen Bestimmungen und Auslassungen, welche das Verhältnis zu Preußen und die internationalen Fragen berühren, auch sonst Vorschriften enthält, welche, wie z. B. die im Art. 9 über die Berechtigung des Direktoriums hinsichtlich der „inneren Sicherheit“, die in den Art. 11 und 20 über die Gesetzgebungsbeschlüsse, der von der Majorität der Fürstentumversammlung hier beschlossenen Abänderungen ungeachtet, doch immer noch große Bedenken zu erregen geeignet wären und einer weitern Prüfung und Feststellung dringend bedürften.

Was uns aber weit über diese Bedenken hinaus den Werth des Entwurfs ganz zu vernichten, unter Umständen sogar zu einer recht gefährlichen Verschlimmerung des Bestehenden zu führen scheint, das ist der gänzliche Mangel an Vorschriften, durch welche es den Bundesabgeordneten möglich wird, die ihnen eingeräumten werthvollen Rechte auch wirklich geltend zu machen, ein Mangel, der besonders ins Gewicht fällt, nachdem die Mehrheit in Frankfurt a. M. beschlossen hat, daß, wenn und so lange eine Vereinigung über das Budget nicht zu Stande gekommen, das laufende Budget beibehalten werden solle. Man wird nicht zu weit gehen, wenn man die Möglichkeit von Differenzen vorzugsweise auf diesem Felde als naheliegend betrachtet. Kommen dergleichen, dann zeigt sich entweder die Volkvertretung verfassungsmäßig als völlig einflusslos, oder sie gewinnt einen Einfluß, der außerhalb der Grenzen der Verfassung liegt. Bei 300 Abgeordneten eines großen, intelligenten, politisch aufgeregten oder doch bewegten Volkes, einem vielföpfigen und darum verhältnismäßig schwachen Direktorium gegenüber, liegt diese zweite Alternative vielleicht näher, als die erste. Daß beide gefährlich und darum beklagenswerth sind, wird Niemand in Abrede stellen. Unserer Ueberzeugung nach war es die dringende Forderung einer richtigen Politik, kein Recht einzuräumen, ohne zugleich den Weg zu bezeichnen, auf welchem es geltend gemacht werden kann. Trug man Bedenken, diese Konsequenz zuzugestehen, dann war die Beibehaltung des Bestehenden weit vorzuziehen.

Dresden, 28. Sept. Das „Dress. Journ.“ berichtet offiziell:

In öffentlichen Blättern sind neuerdings wiederholt Mittheilungen erschienen über Äußerungen, welche der König gegen die händige Deputation des volkswirtschaftlichen Kongresses bei dem am 17. Sept.

stattgefundenen Empfang der letztern über verschiedene Gegenstände, namentlich Konfessionswesen, Freizügigkeit, Patentwesen, endlich den Handelsvertrag mit Frankreich und die Zollvereins-Krise, gethan haben soll. Wie dergleichen Mittheilungen über ständige gesprächsweise Äußerungen immer durch die subjektive Auffassung des Hörenden affigirt sein müssen und daher auf Genauigkeit von vornherein keinen Anspruch machen können, so sind wir insbesondere ermächtigt, zu erklären, daß eine Äußerung Sr. Majestät über den französischen Handelsvertrag und die Zollvereins-Krise mit den Worten und in der Form, wie sie von der Berliner „Vörsenzeitung“ referirt worden ist, nicht stattgefunden habe.

Krossen, 26. Sept. In einem offiziellen Aktenstücke, welches in dem „Wald. Anz.“ veröffentlicht ist, werden Angaben über die Haltung des Fürsten der Bundesreform gegenüber zur Zeit des Fürstentags mitgetheilt. Der Fürst hat u. A. erklärt, daß bindende Beschlüsse so lange nicht zu fassen seien, als nicht die Mitwirkung Preußens erzielt worden, und hat sich überhaupt bei der Berathung der einzelnen Punkte der Minorität angeschlossen. Vor der Schlussabstimmung gab er folgende Erklärung zu Protokoll:

Wie es nicht für angemessen halten könne, daß der aus den Beratungen hervorgegangene Entwurf — auch bei aller Bereitwilligkeit, die gegen einzelne Bestimmungen desselben erhobenen Bedenken hier zu äußern zu lassen — schon jetzt in irgend einer, die Theilnehmer an der Konferenz bindenden Weise festgesetzt werde, weil dadurch der spätere, in dem Projekt selbst ausdrücklich vorausgesetzte Zutritt von Preußen, ohne dessen Mitwirkung eine geordnete Bundesreform überhaupt nicht zur Geltung kommen könne, erheblich erschwert werden würde. Wenn er sich aus diesem Grund außer Stand sehe, dem Schlussfall der Konferenz beizustimmen, so sei doch diese Ablehnung, wie die Motivirung derselben ergebe, keine definitive; außerdem würde durch seine Erklärung auf den Antrag in Betreff des einzuhaltenden weitem Verfahrens seine Bereitwilligkeit dargelegt, sich den Schritten anzuschließen, welche derselbe von seinem Standpunkt aus zur Herbeiführung einer zeitgemäßen Bundesreform geeignet finde. Der in dieser Abstimmung erwähnte Antrag in Betreff des einzuhaltenden weitem Verfahrens geht dahin: daß zunächst das Resultat der Konferenzverhandlungen den an der Konferenz nicht betheiligten deutschen Souveränen vorzulegen sei, und daß, wenn Oesterreich und Preußen die gemeinsame Ueberzeugung gewonnen, daß von einer weiteren Konferenz, in welcher alle deutschen Staaten vertreten seien, eine schließliche Vereinigung zu erwarten stehe, eine solche durch beide Mächte berufen werden möge, um die endliche Vereinbarung und Schlussabstimmung einer deutschen Bundesreform-Akte auf bundesgesetzlicher Grundlage zu Stande zu bringen.

Berlin, 28. Sept. Die „N. Pr. Ztg.“ theilt den Wortlaut eines Trinkspruchs mit, welchen Prinz Friedrich Karl bei einem der die Manöver begleitenden Feste zu Frankfurt a. d. O. auf den König ausbrachte. Es heißt darin:

Zuerst war Brandenburg, und aus Brandenburg wurde Preußen, und die glorreiche Geschichte Ew. Maj. Hauses — es ist die Geschichte dieser Provinz, und in den vielen Schlachten ist häufig in den Strömen von Blut — gemeinsam mit dem Blute der Söhne dieser Provinz — das Blut der Hohenzollern geflossen! Das weiß jeder Soldat in diesem Korps — das ist der Stolz dieses Korps und das der besondere Ruhm, der dieses Korps mit Ew. Majestät Altech. Person verbindet, und das ist ein Vorzug — ich wage es zu behaupten — den Niemand ihm zu rauben vermag!

Das Korps, von welchem hier die Rede, ist das 3. Armeekorps, dessen kommandirender General Prinz Friedrich Karl ist. — Heute ist König Georg von Griechenland, von Petersburg kommend, hier eingetroffen. Der König wurde von dem dänischen Gesandten am preussischen Hofe, Hrn. v. Quaae, empfangen und reiste weiter nach Schloß Rumpenheim bei Frankfurt a. M. Von dort wird der König nach England gehen und, dem Vernehmen nach, vor seiner Einschiffung nach Griechenland auch noch Paris besuchen. — Es liegt ein Fall der Steuerverweigerung vor, unseres Wissens der erste. Ein deshalb veröffentlichtes Zirkular lautet:

Wegen Staatsabgaben heute zum ersten Mal requirit, theile ich Freunden und Geschäftsfreunden mit, um mir nachtheiligen Gerüchten über meine Vermögensverhältnisse zu begegnen, daß ich der k. Regierung zu Gumbinnen erkläre: habe: daß ich es mit meiner Pflicht als Bürger für unvereinlich halte, dem gegenwärtigen budgetlos und insofern verfassungswidrigen Regime meinerseits irgend einen Beistand zu leisten, und daß ich fortan, bis zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung, freiwillig keine Steuern zu zahlen entschlossen bin. adl. Plöcken, 21. Sept. 1863. John Reitenbach.

Berlin, 29. Sept. In den Provinzen ist neuerdings die Zahl derjenigen früheren Landtags-Mitglieder, welche auf eine Wiederwahl verzichteten, nicht unbedeutend gewachsen. Die meisten derartigen Erklärungen gehen von Rechtsanwälfen aus. Als Grund der Verzichtleistung wird von den Betheiligten namentlich angegeben: sie würden bei der langen Dauer der Sitzungszeit durch die Kammerarbeiten in Berlin zu sehr in ihren örtlichen Berufsgeschäften gestört. Unter den zahlreichen Kreisrichtern, die seither den Oppositionsparteien des Abgeordnetenhauses angehört, hat bis jetzt noch kein einziger die abermalige Annahme eines Mandats verweigert. Auch von den oppositionellen Verwaltungsbeamten sind noch fast gar keine Verzichtleistungen auf die Wiederwahl bekannt geworden. In den meisten Wahlkreisen, welche früher durch Genossen der liberalen Mittel-



partei vertreten waren, gibt sich von Seiten der Fortschrittspartei immer deutlicher das Bestreben kund, die „Männer des Kompromisses“ durch entschlossene Verfechter der von der bisherigen Abgeordnetenmehrheit aufgestellten Forderungen zu ersetzen. Besonders werden in diesem Sinne die altliberalen Kandidaturen bekämpft. Das Organ der Altliberalen, die „Berl. Allg. Ztg.“, bringt über die Wahlausichten einen Artikel voll Resignation. In demselben heißt es unter Anderem:

Die Phyllogonomie der Kammer wird sich durch die bevorstehenden Wahlen nicht wesentlich ändern. Die Abgeordneten der Majorität (Fortschrittspartei und linkes Zentrum) werden meist wiedergewählt werden; in den Reihen derselben wird in so fern eine Aenderung eintreten, als auf manchen Plätzen ein Gemäßigter einem Radikalen wird weichen müssen. Die feudale Partei wird sich durch den Einfluß der Regierung etwas, aber nicht sehr verstärken. Die Zahl der Altliberalen wird stark zusammenschrumpfen.

Weiter bemerkt das Blatt:

Eine Anzahl von Mandatsniederlegungen aus den Reihen der altliberalen Partei zeigt hinlänglich, daß bei ihr der Wunsch, sich an dem nächsten Landtag zu beteiligen, kein sehr lebhafter ist. Einfluß auf die Entschlüsse der Majorität zu gewinnen, wird äußerst schwer sein, und zu vermitteln ist im Augenblicke nichts. Die Fortschrittspartei hat dem gegenwärtigen Konflikt wenigstens die Farbe gegeben; es ist billig, daß ihr zunächst die weitere Durchführung überlassen bleibt. Wer von altliberaler Seite ein Mandat annimmt, thut es lediglich aus resigniertem Pflichtgefühl.

Dabei redet aber die „Berl. Allg. Ztg.“ wieder einer möglichst lebhaften Beteiligung ihrer Partei an den Wahlen mit allem Eifer das Wort. Sie bemerkt in dieser Hinsicht u. A., je entschiedener sich diejenigen, welche der Partei angehören, an den Urwahlen beteiligen, desto sicherer sei die baldige Reorganisation der Partei. Zum Schluß wird gesagt:

Haben wir bei den Wahlen unsere Schuldigkeit gethan, so können wir den Ausgang derselben und den weiteren Verlauf ruhig abwarten. Die nächste Session wird den Konflikt noch nicht zum Austrag bringen. Mittlerweile aber werden die äußerlichen Fraktionsunterschiede sich verwischen und die sachlichen Unterschiede wieder hervortreten. Dann wird es Zeit sein, daß die Männer, welche ein positives Ziel und die Kraft der Initiative haben, diejenige Verjüngung der konstitutionellen Partei beiführen, die wir für den Grundstein der preussischen Zukunft halten.

Gestern Abend um 7½ Uhr reiste Se. Maj. der König nach Baden-Baden ab. Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin haben mit ihren Kindern gestern Abend die Reise nach England angetreten. Höchstwahrscheinlich begeben sich ohne Aufenthalt nach Schloß Balmoral in Schottland zu Ihrer Maj. der Königin Victoria. Die Rückkehr Ihrer königl. Hoheiten nach Berlin soll erst gegen Weihnachten zu erwarten stehen.

Gestern Nachmittag kam der Ministerpräsident v. Bismarck aus der Uckermark hier an. Unter dem Vorhitz desselben traten heute Mittag die Mitglieder des Staatsministeriums zu einer Beratung zusammen. Nachmittags reiste der Ministerpräsident nach der Provinz Pommern ab. Auch der Kriegsminister v. Roon ist heute Nachmittag auf einige Tage nach Pommern gereist. Der Minister des Innern, Graf v. Gulemburg, hat gestern Abend seine schon erwähnte Erholungsreise nach der Provinz Schlesien angetreten.

\* **Wien, 28. Sept.** Die telegraphisch bereits angebeutete offiziöse Bemerkung der „Generalkorr.“ über den augenblicklichen Stand der polnischen Angelegenheit lautet vollständig:

In den Blättern ist bereits von Vorschlägen die Rede, welche dem österreichischen Kabinett von Seiten Frankreichs oder Englands in Bezug auf ein weiteres Vorgehen in der polnischen Frage zugekommen seien. Wir bezweifeln aber, daß die Sachlage bereits so weit geklärt ist, um Veranlassung zu bieten, von mehr oder weniger bestimmt formulierten Vorschlägen zu reden, geschweige denn, daß deren Inhalt bereits bekannt sein könnte. Alles, was hierüber gesagt wird, ist daher auf Konjekturen zurückzuführen, welche ihrerseits wieder auf den in französischen Blättern ausgesprochenen Vermutungen beruhen.

**Salzburg, 28. Sept. (Presse.)** Se. Maj. der Kaiser trifft heute Abends um 10 Uhr, von Ischl kommend, hier ein, reist um Mitternacht nach Innsbruck, wird daselbst während des historischen Festzuges anwesend sein, und morgen wieder zurückkehren.

### Schweiz.

**Bern, 29. Sept. (W. L. B.)** Hier wird mit einem Grundkapital von 60 Millionen englischen und französischen Geld eine *Kreditbank* gegründet. Die Direktion derselben übernimmt Hr. Stämpfli, der mit Neujahr aus dem Bundesrath tritt. Als Beteiligte sollen unter Anderen Hr. Gladstone und Graf Morny figuriren.

### Frankreich.

**Paris, 29. Sept.** Der Bericht über die Finanzlage des Landes wurde von Hr. Fould bereits dem „Moniteur“ zum Satz zugesandt, um sofort nach Rückkehr des Kaisers veröffentlicht werden zu können. Ihre Majestäten werden am 2. oder 3. Okt. in Compiègne sein. — Neuerdings ist von verschiedener Seite versichert worden, daß die Partei *Mieroslawski's* im Nationalkomitee zu Warschau die Oberhand erlangte, und daß es *Mieroslawski* während eines kurzen Aufenthalts in Warschau gelang, sich als Chef der Insurrektion anerkennen zu lassen, die er auf Grundlage des äußersten Terrorismus zu organisiren gedenke. Heute Abend veröffentlichten nun verschiedene Blätter Folgendes:

An den Hauptredakteur. Unter dem 31. Aug. von der polnischen Nationalregierung mit den Funktionen eines außerordentlichen Kommissärs bei dem Generalorganisateur der polnischen Truppen bekleidet, bitte ich Sie, Herr Redakteur, folgenden Auszug in Ihr Blatt aufnehmen zu wollen: Nr. 1625. Die Nationalregierung ernannt den General Ludwigo *Mieroslawski* zum Generalorganisateur der polnischen Truppen. . . . Warschau, 16. Aug. 1863. Dem General *Mieroslawski* am 28. Sept. 1863 beehrdigt. (Ged.) Jos. Grabowski.

General *Cialdini* liegt an einem rheumatisch-gastrischen Fieber schwer krank darnieder. — Es geht uns heute ein

Schreiben aus Cané 17. Sept. zu, welches interessante Angaben über den Fortgang der Arbeiten am Suezkanal enthält. Man hofft den Süßwasserkanal bis Suez, 124 Kilom. lang und 35 breit, bis zum Monat Dezember herzustellen; der Seekanal sei dann nur eine Zeit- und Maschinenfrage. Hr. v. Lesseps ist am 29. wieder nach Europa zurückgereist, um das Interesse des Unternehmens und der Aktionäre zu wahren. Der Vizekönig von Egypten ist in die Stadt gekommen, um die Kommission der Ingenieure und Administratoren zu empfangen. — Der Bliß hat, wie man erwartet hatte, wirklich bei der „Presse“ eingeschlagen. „In Anbetracht, daß ein gestriger Artikel des Hrn. v. Girardin die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten als beruhigend für das Land und als gefährdend für den Staatskredit dargestellt, sohin die Politik der Regierung entstellt ist,“ — erhielt das Organ des Hrn. v. Girardin eine erste Verwarnung. — An der Börse wurde heute die Fortsetzung der gestrigen unter den Auspizien der Kaiserfahrt nach Tarbes eingeweihten Hauffe in Szene gesetzt und Rente auf 68.25, der Cred. Mob. auf 1237.50 getrieben. Im Lauf des Martes trat jedoch eine Reaktion ein, welche trotz aller Anstrengungen, die Kurse zu halten, die Zproz. auf 67.85, den Cred. Mob. auf 1212 zurückführte.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 26. Sept.** Die telegraphisch gemeldete Erklärung des Baron *Bliren-Zinecke* hat insofern eine größere Bedeutung, als *Bliren-Zinecke* schon einmal Minister der auswärtigen Angelegenheiten war und durch seine Verheirathung mit dem dänischen Königshause verwandt ist. Außerdem steht der Baron an der Spitze einer großen Partei, der sogenannten *Vaernsfreunde*. Seine Erklärung war veranlaßt durch eine Einladung seines Wahlkreises, vor demselben auf einem Volksfeste zu Herning zu erscheinen, auf welche Baron *Bliren-Zinecke* per Telegraph, wie folgt, antwortete:

An die Versammlung in Herning. Ich war bereit zu erscheinen, aber die verspätete Benachrichtigung in Betreff des Tages ist mir erst heute (den 18.) zugekommen. Empfangen Sie meinen freundlichen Gruß. Ich wünsche Frieden mit Deutschland, und glaube, daß eine ehrenhafte und billige Ausgleichung noch möglich ist. Ich rathe, die Verordnung vom 30. März aufzuheben, und sehe es für ein Glück an, daß der Bundesrat nicht verlangt, daß sie aufrecht erhalten werde. Die Südjüten, die deutschredend sind, so wie die dänischredenden, müssen der in unserem Grundgesetz verbürgten Freiheit und Gleichheit theilhaftig gemacht werden, nur dadurch können sie dauernd gegen Unterdrückung gesichert werden. Helfen wir ihnen hierzu, so werden sie uns gegen unerbittliche Einmischung helfen. Dies ist meine Meinung. *Bliren-Zinecke*.

### Großbritannien.

**London, 28. Sept.** In der schottischen Stadt Blairgowrie hielt *Carl Russell* am Samstag bei Gelegenheit eines ihm dort zu Ehren gegebenen Banketts eine Rede, in welcher er sich folgendermaßen über die auswärtige Politik der Regierung äußerte:

Als Lord Palmerston zuletzt an's Ruder gelangte, war Italien noch immer im Kriege begriffen, obgleich derselbe sehr rasch zu Ende ging. Darauf entspann sich die Frage, ob man, ohne sich einzumischen, den Italienern gestatten solle, ihre größtentheils korrupten und verkommenen Regierungen abzuwickeln und den Versuch zu machen, sich Freiheit und Einigkeit zu begründen, oder ob Frankreich oder Oesterreich oder irgend eine andere Macht sich einmischen solle, um die Geschicke Italiens zu lenken. Unter diesen Umständen nahm die Regierung Lord Palmerston's keinen Anstand, zu erklären, daß das italienische Volk selbst über sein Geschick entscheiden und sich seine Regierungsform wählen solle, und daß es, wie wir glauben, bei den Fähigkeiten, die es besitze, und dem Muth, den es bewiesen habe, im Stande sei, seinen Platz unter den großen Nationen der Welt einzunehmen. Als Organ der Regierung Lord Palmerston's sprach ich diese Ansicht in der Stadt Aberdeen aus, und fand, wie ich gestehen muß, daß das ganze Land meine Meinung theilte. Gestützt auf die öffentliche Meinung, war die Stimme Englands stark genug, eine Intervention in Italien zu verhindern.

Ich komme nun auf einen Gegenstand zu sprechen, welcher gegenwärtig so häufig peinliche Gefühle in uns erweckt, ich meine den Bürgerkrieg in Polen. Ich für meinen Theil bin bereit, das von Ihrer Majestät Regierung in Gemeinschaft mit Frankreich und Oesterreich in dieser Sache beobachtete Verfahren nötigenfalls zu verteidigen. Aber ich habe von meinem Platz im Parlamente aus erklärt und bin noch immer derselben Ansicht, weder die Verpflichtungen, noch die Ehre, noch die Interessen Englands gebieten, daß wir um Polens willen Krieg führen. Doch wundere es mich, daß Rußland am Schlusse einer mehrmonatlichen Korrespondenz ein solches Verfahren beobachtet hat, wie es in Wirklichkeit thut. Die Theilung Polens war der Stempel Europa's im vorigen Jahrhundert. Auf dem Wiener Kongresse aber hielt man es für angemessen — und Zweckmäßigkeit rücksichtlich rechtfertigen vielleicht Das, was geschah —, den Zustand des zwischen den drei Mächten getheilten Polens gewissermaßen in das öffentliche Recht anzunehmen und die Theilung Polens auf diese Weise hinterher zu sanktioniren. Oesterreich und Preußen erfüllten die Bedingungen des Vertrages, Rußland erfüllte sie nicht. Es scheint mir, daß es sehr unglücklich von Seiten Rußlands gehandelt war, daß es, wo es den großen Vortheil hatte, den Akt der Plünderung und Theilung gewissermaßen von Europa verziehen zu sehen, die Bedingungen, unter welchen diese Sanktion erteilt wurde, verwarf und sich jetzt auf den Rechtstitel der ursprünglichen Theilung, der Eroberung, stützt. Was die Folgen dieses Aktes sein und welches Verfahren die verschiedenen Mächte Europa's einschlagen mögen, sind Fragen, auf die ich hier nicht wohl eingehen kann. Ich wollte bloß bemerken, daß die im Wiener Vertrage enthaltenen Bedingungen, durch welche Rußland das Königreich Polen erhielt, nicht erfüllt worden sind, und daß, wenn die Bedingungen nicht eingehalten werden, der Rechtstitel schwerlich haltbar ist.

Es gibt noch eine andere, unsere auswärtigen Beziehungen betreffende Frage, hinsichtlich deren zu verschiedenen Zeiten und noch ganz vor kurzem mancher irrige Ansichten obwalteten. Ich meine die mexikanische Frage. Man hat gesagt, es habe eine Intervention in Mexiko stattgefunden, und wir hätten an dieser Intervention Theil genommen. Nun geht man leider mit der Anwendung des Wortes Intervention sehr freigebig um, und drückt damit eine Menge sehr verschiedener Dinge aus. Es ist sicherlich Intervention vorhanden, wenn

eine Macht, deren Unterthanen Unrecht zugefügt worden ist, Genugthuung für diese Unterthanen verlangt. Wenn ihnen ungerechter Weise ihr Eigenthum genommen oder wenn ihre Person verletzt worden ist, so ist eine Intervention vollkommen gerechtfertigt, ja, häufig unbedingt notwendig. Aber es gibt eine andere Intervention, gegen die ich oft protestirt habe, die ich nur in sehr seltenen Fällen für gerechtfertigt halte, und die ihre Verurtheilung gewöhnlich in ihren Folgen findet. Ich spreche von der gewaltsamen Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines andern Landes zu dem Zwecke, ihm seine Regierung vorzuschreiben und ihm zu befehlen, von wem es sich beherrschen lassen soll. An jener erst erwähnten Art von Intervention nahmen wir Theil; sobald aber eine der drei intervenirenden Mächte zu der zweiten Art von Intervention schritt, sagten wir uns von unserm Bundesgenossen los und haben uns seitdem von den mexikanischen Händen fern gehalten. Das ist augenblicklich unsere Stellung. Wenn das mexikanische Volk die stattgehabte Intervention gutheißt, wenn es sich für eine Monarchie entscheidet und in seiner Gesamtheit dem Monarchen willig gehorcht, und wenn es ihm gelingt, Frieden und Ordnung in Mexiko herzustellen, unter diesen Bedingungen habe ich durchaus Nichts gegen die mexikanische Monarchie und wünsche den Mexikanern von ganzem Herzen Glück dazu. Wenn das mexikanische Volk aber die Monarchie nicht will, sondern die Regierungsform, welche es viele Jahre lang besaß, vorzieht, so behaupte ich, daß es nicht unsere Sache ist, ihm in dieser Hinsicht zu widersprechen, und daß wir es, so unregelmäßig auch seine Regierungsform gewesen ist und so viele Handlungen des Raubes und der Gewaltthätigkeit verübt worden sind, nicht in der Wahl seiner Regierungsform beschränken dürfen.

Ich komme jetzt zu einer andern Frage, zu einer Frage, die uns Alle interessiert und auf die ich Ihre Aufmerksamkeit lenken muß, weil ich gewisse Umstände erklären möchte, in Bezug auf welche meiner Ansicht nach der Charakter Englands verlästert worden ist. Ich spreche von Dem, was sich in jenen Gegenden zutragen hat, die noch vor ein paar Jahren die Vereinigten Staaten von Amerika waren. Unsere Haltung in Bezug auf die ausgehiebenen Staaten des Südens ist in den bittersten Ausdrücken angegriffen und getadelt worden, manchmal von den Unionisten und manchmal von den Konföderirten. Zuerst fühlten sich die Unionisten beleidigt. Sie sagten, wir seien nicht befaßt, den Konföderirten die Rechte von Kriegsführenden zuzugestehen. Nun frage ich, ob, wenn 5 Millionen freie Menschen sich in ihren verschiedenen Staaten gemeinsam als unabhängigen Staat erklären, wir darüber als über eine unbedeutende Rebellion hinweggehen könnten. Unsere Admirale fragten uns, ob sie die unter der Flagge der Konföderirten segelnden Schiffe, denen sie begegneten, als Piraten zu behandeln hätten, oder nicht. Sätten wir sie als Piraten behandelt, so hätten wir in dem Kampfe Partei ergriffen. Unmöglich konnten wir in der Erhebung eines Gemeinwesens von 5 Millionen Menschen eine bloße kleine Insurrektion erblicken und den Theilnehmern an der Erhebung die Rechte absprechen, welche stets Denjenigen zuerkannt werden, die vermöge ihrer Zahl und Bedeutung, oder vermöge des Umfangs des Gebietes, das sie besitzen, Anspruch darauf haben. Nun wendet man aber ein, wir hätten dies nicht thun sollen, weil es sich um ein Volk von Sklavenhaltern handelte. Ich hoffe, daß unter Abzuehung der Sklaverei nicht im geringsten abgenommen hat. (Lauter und anhaltender Beifall.) Ich meinstheils betrachte sie als eines der schrecklichsten Verbrechen, welche die Menschheit schänden. Wo es sich aber um unsere Beziehungen zu einem Gemeinwesen von Menschen handelt, zweifle ich, ob es zweckmäßig sein oder zum Heile der Menschheit beitragen würde, wenn wir jenes neue Element hineinbrächten, daß wir erklären, wir wollten keine Beziehungen zu einem Volke haben, welches die Sklaverei unter sich duldet. Wir haben dieses Verfahren bis jetzt noch nicht befolgt, weder Spanien, noch Brasilien gegenüber; auch glaube ich nicht, daß der Sache der Menschlichkeit damit gebient sein würde, wenn wir es befolgten. Dann wieder wandte man ein, die konföderirten Staaten seien Rebellen, Rebellen gegen die Union. Nun nehme ich es vielleicht damit nicht so genau, wie ich wohl sollte. Doch erinnere ich mich, daß wir gegen Karl I. rebellirten (Heiterkeit) und gegen Jakob II., und daß das Volk von Neu-England, mit diesen beiden Rebellen nicht zufrieden, gegen Georg III. rebellirte. (Hört! und Heiterkeit.) Ich will jetzt nicht sagen, ob alle diese Rebellionen gerechtfertigt waren oder nicht; auch will ich nicht sagen, ob die gegenwärtige Rebellion in den südlichen Staaten eine zu rechtfertigende Insurrektion oder ein großer Fehler und ein großes Verbrechen ist. So viel aber will ich sagen, daß die bloße Thatsache einer Rebellion in meinen Augen kein so schweres Verbrechen ist, daß wir alle Genossenschaft und Verbindungen und allen Verkehr mit Denen, die sich der Rebellion schuldig gemacht haben, abbrechen müßten. (Lauter Beifall.) Wenn ich aber an die Aeußerungen der Redner von Neu-England denke — und ich habe neulich, wenn auch nicht die ganze, zu Neu-York von Hrn. Sumner über diesen Gegenstand gehalten, sehr lange Rede, doch einen sehr großen Theil derselben gelesen —, so kann ich nicht umhin, mich darüber zu wundern, daß diese Männer, gewissermaßen die Sproßlinge dreier Rebellionen, wie wir die Sproßlinge von zwei Rebellionen sind, gerade so wie der russische Zar, der türkische Sultan, oder Ludwig XIV. selbst, über das Verbrechen und die Sündhaftigkeit der Rebellion sprechen. (Große Heiterkeit und Beifall.) Darauf folgte eine zweite Behauptung, und zwar kam sie diesmal von den sogenannten konföderirten Staaten. Diese beklagen sich nämlich darüber, daß wir der Pariser Deklaration und den allgemeinen völkerrechtlichen Gesetzen zuwider eine sich über 3000 Meilen erstreckende Blockade der südlichen Küste Amerika's gestattet hätten.

Nachdem der Redner England gegen diesen Vorwurf, sowie gegen den Vorwurf, daß die englische Regierung das Ausrücken von Kriegsschiffen für die Konföderirten in englischen Häfen gestatte, verteidigt hat, kommt er auf die, so vielfach im amerikanischen Norden von Volksrednern gegen England geschleuderten boshaften Anklagen zu sprechen, welche die Gefahr in sich bergen, einen Krieg zwischen England und den Vereinigten Staaten zu entzünden, und sagt dann zum Schluß:

So viel weiß ich zum mindesten, daß meine schwachen Bemühungen auf das Ziel gerichtet sein werden, den Frieden zwischen diesen beiden Nationen aufrecht zu erhalten; und den Amerikanern gegenüber Alles zu thun, was recht und billig ist. Bereit, einem Angriffe die Stirn zu bieten, wenn wir ungerecht angegriffen werden, bereit, unsern Theil an dem Kampfe zu tragen, wenn ein Kampf nicht vermieden werden kann, und doch glaubend, daß wir Alles, was in unseren Kräften steht, aufzubieten müssen, um es dahin zu bringen, daß alle diese verschiedenen Konflikte in Frieden, Eintracht und Freundschaft



entweder ich jedenfalls das Bewusstsein haben, daß ich mein Bestes gethan habe, den Frieden zwischen diesen mächtigen Nationen aufrecht zu erhalten. (Lauter Beifall.) Es handelt sich hier um einen großen Gegenstand, um die Bewohner unseres Welttheils und Amerikas, um den zukünftigen Fortschritt der Zivilisation, um die Wohlthat der Schwarzen, die nach Amerika zu verpflanzen das Verbrechen unserer Vorfahren war, und die, wenn die Sache ein gutes Ende nimmt, friedliche und intelligente Mitglieder eines freien Landes sein werden, wozu ich sie für befähigt halte. Wir empfinden ganz eben so stark für das Wohl der Menschheit, wie irgend ein anderes Volk; wir müssen unsere Stellung behaupten, und ich glaube, daß die Bewohner der ehemaligen Vereinigten Staaten, mögen sie nun Föderirte oder Konföderirte heißen, uns zuletzt Gerechtigkeit erweisen und bedenken werden, daß es in unserm freien Lande, wo so viel diekirt wird, so viel Meinungsverschiedenheit vorhanden ist, eine sehr große Zahl von Menschen gibt, die mit den Konföderirten sympathisiren, und eine andere große Zahl — ich glaube, die größere —, welche es mit den Unionisten halten. Gleichviel aber, ob wir mit der einen oder mit der andern Partei sympathisiren, in unserm Aller Herzen lebt das Gefühl der Gerechtigkeit, die wir Anderen erweisen wollen, so wie derjenigen, die wir für uns erwarten, und ich hoffe, daß ich Ihren Gesühnten Ausdruck leide, wenn ich sage, daß der Gerechtigkeit der Sieg verbleiben muß.

### Amerika.

**Neu-York, 19. Sept.** Es geht das Gerücht, General Thomas sei zu Lafayette (Tennessee) geschlagen worden. Man versichert, die Armee Lee's sei durch Abwendung von Truppen nach Tennessee sehr geschwächt worden. Ein Korps von 1600 Südstaatlichen hat den General Negleys von Birds-Gap verjagt. Derselbe hat jedoch am folgenden Tag das verlorene Terrain wieder gewonnen. Aus Charleston, 15. d., wird gemeldet, General Gilmore habe vom Fort Gregg aus Konföderirte bombardirt. Die Unionisten rücken in drei Kolonnen von Neu-Orleans nach Texas und Tennessee vor.

**Neu-York, 19. Sept.** Die Armee Meade's rückt vor; man erwartet eine Schlacht am Rapidan. Es steht in Tennessee gleichfalls eine Schlacht zwischen Rosenkrantz und Braton-Bragg bevor.

**Neu-York, 19. Sept.** Am Rapidan hat bereits ein leichtes Gefecht stattgefunden. Es scheint, daß die Südstlichen die Gebirge Virginien's zu räumen beabsichtigen. Man glaubt, daß das Korps Longstreet's die Armee Bragg's verstärkt hat, der in der Nähe von Lafayette mit 60,000 Mann eine starke Position inne hat. Auf dieser Seite ist eine Schlacht unmittelbar bevorstehend.

Eine Abtheilung der Seeexpedition Franklin's ist bei einem Landungsversuch an der Küste von Texas in der Nähe von Sabine zurückgeschlagen worden. Ein Kanonenboot der Unionisten wurde genommen, ein anderes zerstört.

**Neu-York, 19. Sept.** Ungünstige Nachrichten über die Stellung der Unionsarmee vor Charleston haben eine Pause im Gold- und Wechselkurs herbeigeführt. Wechsel 148 1/2. Goldagio 35.

### Baden.

**Karlsruhe, 29. Sept.** Das neueste evang. Berordnungsblatt enthält 1) Dienstaufträge: Fr. Götz von Kirchen ist zum Pfarrer in Ichenheim und Vikar Guit von Hirslanden zum Pfarrer in Ruchen ernannt. 2) Bekanntmachungen des evangelischen Oberkirchenraths: a. die Parochialeintheilung der ev. Gemeinde Karlsruhe betr. (Hauptkirche, obere Stadtpfarrkirche, untere Stadtpfarrkirche, jede der beiden Stadtpfarrkirchen hat zwei Pfarrer, welchen ein bestimmter Theil des Pfarrbezirks zugewiesen wird; der Hauptpfarrer steht bezüglich des öffentlichen Gottesdienstes nicht unter dem Dekanate); b. in Zuzenhausen, Dekanats Pfarrgemeinde, ist ein selbständiges Vikariat errichtet worden; c. die Spätschulprüfung der ev. Kandidaten der Theologie dahier beginnt am 9. Nov. d. J. 3) Erledigt sind die Pfarren Wittlingen (890 fl.) und Kirchen (868 fl.). 4) Ernannt wurden zu Vikaren: die Pfarrkandidaten von Allshausen nach Hohenstadt, Lang von Schwegen nach Medesheim, Dalgauer von Kleinfachsenburg nach Leimen, Gerlin von Handshausen nach Belberg, Sauter von Rothenberg nach Schriesheim; versetzt wurden: die Pfarrverweser Gerner von Leopoldshausen nach Itersbach, Steidel von Gichtersheim nach Baisersheim, Pfarrer Birk von Belschneuren nach Gichtersheim, Stadtvikar Bähringer von Mannheim als Pfarrverweser nach Rastatt; die Vikare Käfer von Mengen als Pfarrverweser nach Leopoldshausen, Pfarrer von Heidenheim als provisor. Stadtvikar nach Mannheim, Mangold von Medesheim nach Zuzenhausen, Hönig von Rastatt als provisor. Stadtvikar nach Heidelberg, Gerhardt von Emmendingen als Pfarrverweser nach Schallhausen, Köch in Heidelberg nach Emmendingen, Bähr von Heidelberg nach Pforzheim, Fuhr von Belberg nach Brisingen, Maier von Mittelschessing nach Mengen, Boland von Gochsheim nach Mittelschessing. 5) Stiftungen: darunter von K. K. H. dem Großherzog und der Großherzogin von Baden, dem Kronprinzen und der Kronprinzessin von Preußen ein Chorfenster, die Auferstehung Christi vorstellend, im Werthe von 1800 fl.; von der Fürstin Feodora zu Hohenlohe-Langenburg für die Orgel 1000 fl.; von Baron G. v. Betholz der ev. Gemeinde Dörsingen zu Anschaffung einer Orgel 3000 fl.; 6) Gestorben ist: Pfarrkandidat Schäfer von Obergimpfen.

**Karlsruhe, 30. Sept.** Die „Bad. Landesztg.“ hat neuerdings mehrfache Artikel über das hiesige Polytechnikum veröffentlicht, in denen über die ganze Anstalt und verschiedene ihrer Lehrer in hochschätzender Weise abgeprochen, namentlich aber der kürzlich hieher berufene Professor des Maschinenbaus, Dr. Grasshof, als ein in der wissenschaftlichen Welt unbekannter Mann geschildert und damit seine Wahl als eine verkehrte bezeichnet wird. Da das Publikum natürlich nicht in der Lage ist, über die Begründung derartigen Angriffe zu urtheilen, so erscheint es angemessen, mitzutheilen, daß von den wissenschaftlichen Leistungen des Hrn. Dr. Grasshof nur Derjenige nichts wissen kann, welcher dem betreffenden Fache fremd ist und folglich jeglicher Begründung zu öffentlicher Kritik entbehrt. Hr. Dr. Grasshof ist der Begründer und Redakteur der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure, welche unter den Fachjournalen eine anerkannte Stellung einnimmt und schon dadurch, daß sie in mehr als 900 Exemplaren verbreitet ist, einen ungeheuren Beweis ihres Wertes gibt. In dieser Zeitschrift hat der Herausgeber eine große Reihe wissenschaftlicher Abhandlungen ver-

öffentlicht und darin eine solche Tüchtigkeit bewiesen, daß sich die philosophische Fakultät der Universität Moskau 1860 veranlaßt sah, ihm in Anerkennung seiner Verdienste um die wissenschaftliche Behandlung der Mechanik und um Erweckung wissenschaftlichen Geistes bei seinen Schülern die Doktorwürde honoris causa zu verleihen. Augenblicklich bearbeitet Hr. Dr. Grasshof in der von H. Kauffen herausgegebenen allgemeinen Encyclopädie der Physik, an welcher Männer wie Helmholtz Theil nehmen, die angewandte Mechanik, von der ein großer Theil bereits im Druck erschienen ist. Neben diesen literarischen Publikationen hat der Angegriffene am Berliner Gewerbeinstitut einen hohen Grad der Lehrfähigkeit bewiesen. Wer sich berufen hielt, in der Presse die Wahl des Hrn. Dr. Grasshof anzugreifen, hätte sich vorher über diese Verhältnisse einigermaßen unterrichten müssen. Ohne Kenntnis der wissenschaftlichen Leistungen und der Lehrgabe eines neuberufenen Professors mit blinder Wuth über denselben herzufallen, herzufallen in dem Augenblick, wo derselbe eben in seinen Wirkungskreis eintreten soll, ist das Werk eines frivolen oder eines boohaftigen Raifonniers. Wenn der Kritiker der „Landeszeitung“ das Interesse der Polytechnischen Schule im Auge hatte, so läßt sich die Verleumdung seines Verfahrens nicht wohl begreifen; war seine Absicht eine entgegengesetzte, so hätte man gut gethan, ihm die Mittel zur Ausführung seiner schlechten Absichten vorzuenthalten. Es hat doch wahrlich Niemand im Lande ein Interesse daran, es Eitel werden zu lassen, daß neuberufene Professoren des Polytechnikums in der Weise hier begrüßt werden, wie jetzt Hr. Dr. Grasshof und vor zwei Jahren Hr. Baurath Stenberg.

**Mannheim, 29. Sept.** Wie man hört, ist es der wackelnden Sicherheitsbehörde zu Kehl gelungen, ein Individuum festzunehmen, auf dem Verdacht ruht, daß es den bekannnten großen Banknoten-Diebstahl im Betrage von 100,000 fl. zu London verübt hat.

**Mannheim, 29. Sept.** In der heutigen Schwurgerichtssitzung wurde die Anklage gegen Ferdinand Kemmer von Oberaltach wegen gefährlichen Diebstahls verhandelt. Derselbe war beschuldigt, in der Nacht vom 8. auf den 9. Juli d. J. dem Müller Hofer in Taubersbühlheim, aus dessen Dienst er Tags zuvor ausgetreten war, mittelst Einsteigens in den Fruchtspeicher einen Sad voll Speis, im Werth von 6 fl., entwendet zu haben. Die Geschworenen hielten die für die Anklage vorgebrachten Beweise zur Ueberführung des Angeklagten, welcher seine Schuld entschieden in Abrede stellte, nicht für genügend, und sprachen deshalb auf den Antrag des Verteidigers, Hrn. Rechtsanwältin Fürst, das Nichtschuldig aus, worauf der Angeklagte auf Anordnung des Präsidenten sofort in Freiheit gesetzt wurde.

**Baden, 29. Sept. (Mannh. Z.)** Heute Nachmittag nach 3 Uhr ist Se. Maj. der König von Preußen mit hohem Gefolge hier eingetroffen.

**Freiburg, 29. Sept. (Freib. W.)** Der zweite Tag des landwirthschaftl. Gaufestes bot wieder den lebhaftesten Andrang des Publikums zum Festplatze, der diesmal an den zwei Längenseiten die Ausstellung der Pferde und des Rindviehes und unter den Anlagen gegen die Pfaffenstraße die Ausstellung der Schweine enthielt. Das Geschäft der Preisvertheilungskommission mußte kein leichtes sein, da namentlich in einzelnen Thiergattungen die ausgestellten Exemplare förmlich an Schönheit wetteiferten.

Für Pferde eignet sich zwar der Gaubezirk weniger, mit Ausnahme des Krenzierer Amtes; allein trotzdem war auch hier viel Anerkennenswerthes ausgestellt. Die große Zentralfelle hatte deshalb den Landstallmeister v. Röder beauftragt, zur Ermunterung der Aufsucht einige Preise an Besitzer von Zuchtstuten auszuheilen, zu welchem Zweck derselbe eine gründliche Besichtigung vornahm.

Um 12 Uhr fand programmäßig die öffentliche Auspielung der von der Kommission angekauften Gegenstände statt, unter denen sechs in Hannover angekaufte Zuchtschafe die erste Stelle einnahmen, aber auch sonst des Nützlichen Vieles zu gewinnen war. In das Programm war aus mancherlei Erwägungen kein gemeinsames Festessen aufgenommen worden; dafür wurde ein solches im Deutschen Hofe improvisirt und dabei warm und kräftig toasirt.

Mittags um 3 Uhr trat zur Vertheilung der Preise und der Preisgekrönten die Kommission unter freiem Himmel, der dabei die Freundlichkeit hatte, recht blau zu sein, zusammen, auf einer Straße rechts vor der Eingangshalle des Festbaues. Bei Vertheilung jedes Namens fiel die auf der Altane aufgestellte Millärumusik mit einem kräftigen Tusch ein. Für weiße und rothe Weine waren 12 Preise im Gesamtbetrag von 150 fl., für landw. Produkte Preise im Gesamtbetrag von 50 fl., für landw. Geräthschaften und Maschinen 23 Preise mit zusammen 200 fl., und für Zuchtthiere der Gesamtbetrag von 600 fl. bestimmt.

### Vermischte Nachrichten.

**Mannheim, 29. Sept. (Mannh. Z.)** Gestern war Hr. Prof. Hochstetter von Karlsruhe hier anwesend, um im höchsten Auftrage Sr. Majestät des Königs Ludwig von Bayern für die Fundamentalarbeiten zu dem Pfaffen-Denkmal die nöthigen Anordnungen zu treffen. Die Arbeiten werden jetzt unter der Leitung der Hrn. Stadtbauamteiler Kieferle und Maurermeister Dietrich ihren Fortgang nehmen. Die Enthüllung des Denkmals findet am 1. Mai künftigen Jahres statt.

**Solingen, 28. Sept.** Die „Elberf. Ztg.“ berichtet: „Was in Betreff der hiesigen Laffalle'schen Versammlung vorauszusetzen war, ist eingetroffen. Zur Laffalle'schen Versammlung waren ca. 3000 Personen in der Schützenburg anwesend. Hr. Laffalle hatte circa eine Stunde gesprochen, als die Versammlung, nachdem verschiedene Unruhen vorhergegangen, von einem Gendarmen geschlossen wurde. Hr. Laffalle sprach weiter, der Gendarm entfernte sich, trat aber mit dem Hrn. Bürgermeister und andern Polizeibeamten wieder ein, durch die dann die Versammlung aufgehoben und das Lokal geräumt wurde. Hr. Laffalle soll gegen die Auflösung protestirt und direkt an den Hrn. Ministerpräsidenten v. Bismarck telegraphirt haben, von dem nach Verlauf von ungefähr 1 1/2 Stunden die Antwort eingelaufen sei: Laffalle könne weiter reden, die Behörde würde zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie in ihrem Unrecht sei. Laffalle sprach nicht weiter. Hr. Laffalle ist nach Düsseldorf zurückgefahren.“ Hr. Bahlteich, Laffalle's Gehilfe, erzählt in der „Düsseld. Ztg.“ also:

„Selbst im Jahr 1848 hat das Rheinland keine so große Volksversammlung gesehen, wie die Arbeiterversammlung, die gestern in Solingen stattfand. Der festliche Saal der Schützenburg war so gedrängt voll, daß kein Kellner passiren konnte, und noch viele, viele Tausende drängten sich vor den Thüren der Schützenburg. Die versammelte Volksmenge wird allgemein auf über 10,000 Menschen ge-

schätzt. Laffalle wurde bei seinem Erscheinen auf der Tribüne mit stürmischem Jubel begrüßt. Eine Störung, die gleich im Anfang seiner Rede versucht wurde, wurde blüßschnell durch die Entfernung der Störer beseitigt. Auch war an keine Wiederholung derselben zu denken. Die Arbeiter waren so massenhaft erschienen und zeigten sich so sichtlich entschlossen, keine Störung zu dulden, daß von einer Erneuerung solcher Versuche nicht die Rede sein konnte. Der Redner hatte ungefähr dreiviertel Stunden gesprochen, als plötzlich ein Gendarm auf den Tisch stieg und mit Hinweis darauf, daß bei der vor einer halben Stunde beendigten Sitzung angeblich Verwundungen vorgekommen seien, die Versammlung für aufgelöst erklärte. Laffalle entgegnete dem Gendarmen, daß nach dem Vereinsgesetz (S. 5) nur dann eine Auflösung einer Versammlung erfolgen dürfe, wenn in der Versammlung Vorschläge zu strafbaren Handlungen erörtert würden oder Bewaffnete erschienen; daß diese Fälle nicht vorlägen und kein anderer Grund zu einer Auflösung berechtige. Er wies mit Ernst und unter stürmischem Beifall des Volkes die Polizei auf die gesetzlichen Folgen hin, falls sie die widerrechtliche Auflösung mit Gewalt durchsetzen wolle. Der Gendarm verließ den Tisch, Laffalle fuhr in seiner Rede fort, und Alles schien ausgeglichen, als fünf Minuten darauf an der Spitze von — doch lassen wir lieber die Details hierüber reden, die Laffalle in Folge dieser Vorgänge noch von dem Solinger Telegraphenamten an den Ministerpräsidenten zu richten genöthigt war.

„Ministerpräsidenten v. Bismarck, Berlin. Fortschrittlicher Bürgermeister hat so eben an der Spitze von zehn mit Bajonnetgewehren bewaffneten Gendarmen und mehreren Polizeibeamten mit gezogenem Säbel von mir einberufene Arbeiterversammlung ohne jeden gesetzlichen Grund aufgelöst. Umsonst mich auf das Vereinsgesetz berufend protestirt. Mit Wüthe das Volk — an 5000 Mann in dem großen Saale der Schützenhalle, noch mehrere Tausend vor demselben — von Thätlichkeiten abgehalten. Von Gendarmen und Zehntausenden vom Volke, die mich arreirt glaubten, nach dem Telegraphenamten transportirt. Fahne der Elberfelder Arbeiter konfiskirt. Bitte um strengste, schleunigste, gesetzliche Genugthuung. J. Laffalle.“

Der über eine Viertelstunde lange Weg, den Laffalle von der Schützenburg nach dem Telegraphenamten zurücklegte, da er gesammten Volksmenge geleitet, gleich einem Triumphzuge, da er unangeführt von schalenden Hochs auf Laffalle angefüllt wurde.“

Die Ursachen des Tumults und der Schließung der Versammlung werden in der „Elberf. Ztg.“ dahin angegeben: „Die Unruhe und der allgemeine Unmuth steigerten sich, als Laffalle selbst wiederholt gebieterisch die Ruchführer an die Luft zu setzen befahl, und die Drohung hinzusetzte, daß ihm gegenwärtig 1000 kräftige Arme zu Gebote ständen, um seine Befehle zu vollziehen. Inzwischen hatte Präsident Hillmann in die unteren Partien des Saales, von wo die Unterbrechungen zumeist ausgehen schienen, einen Theil seiner Getreuen deputirt, die nun auch die Einen und die Anderen aufgriffen und unter Beschrei und Tumult gewaltsam zur Thür hinauswarfen. Plötzlich verbreitete sich das nur zu wahre Gerücht, daß einige junge Leute, Söhne eines adibaren Bürgers, welche Schulz-Deßlich hatten leben lassen, meuchlerisch mit Messerstichen verwundet worden seien. In der nun eintretenden allgemeinen Verwirrung erhob sich der anwesende Gendarm und erklärte, als eben Laffalle das Befehl der römischen Saturnalien erörterte, die Versammlung, weil tödliche Verwundungen vorgekommen, für aufgelöst. Ein Theil der Anwesenden wälzte sich befürtzt dem Ausgange zu. Inmitten eines Hausens bestieg eine unheimliche, herkulische Gestalt einen Tisch und forderte die Arbeiter auf, nunmehr, wo es gälte, sich nicht von der Polizei unterdrücken zu lassen, die unüberwindliche Macht des Arbeiterhandes durch die That zu bewähren. Während dieser Szene im unteren Raume hatten sich oben die Anhänger Laffalle's enger um denselben gedrängt. Laffalle erklärte mit lauter Stimme, daß die Polizei zur Auflösung der Versammlung nicht befugt sei, und legte seinen fortan völlig unverständlichen Vortrag fort. Die beiden Polizeibeamten, unvermögend, dem Standale ein Ziel zu setzen, hatten indessen weitere Hilfe requirirt. Nach einer Weile erschienen denn auch acht Gendarmen und mehrere Polizeigeheranten, den Landrath und Bürgermeister an der Spitze.“

**Weimar, 27. Sept. (Weim. Ztg.)** Heute Nachmittag fand hier im Stadthause eine Versammlung hiesiger wie auswärtiger Mitglieder und Freunde des Nationalvereins statt, in welcher die zu Eisenach und zu Stotternheim gefaßten Resolutionen, das hieserige Bundesreform-Projekt und die Mitwirkung Preußens bei der Reform der deutschen Verfassung betreffend, mit Einstimmigkeit angenommen wurden.

**Karlsruhe, 30. Sept.** Bei der heute vorgenommenen Gewinnziehung der badischen 35-fl.-Loose sind folgende Hauptgewinne gezogen worden: Nr. 309,259 40,000 fl.; Nr. 330,856 10,000 fl.; Nr. 9636 4000 fl.; Nr. 145,753, 148,610, 276,572, 305,955, 372,783 à 2000 fl.; Nr. 122,724, 136,235, 145,762, 145,786, 148,608, 284,115, 284,135, 318,020, 342,574, 353,993, 364,651-372,800 à 1000 fl.

In Folge unseres Auftrags in Nr. 217 der „Karlsruher Zeitung“ sind weiter eingegangen: Von Oberstaatsanwalt Bombard in Hannover 1 fl. 45 kr.; zusammen 434 fl. 23 kr. Karlsruhe, 30. September 1863.

Doll, Oberkirchenraths-Assessor.  
Doll, Sch. Hofrath.  
Frid, Oberlehrer.  
Gruber, Oberlehrer.  
Kittel, Hofbuchhändler.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 1. Okt. 3. Quartal. 98. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **Die Alten und die Jungen**; Lustspiel in 1 Akt, von H. Lorm. Hierauf: **Gleich und Gleich**; Lustspiel in 2 Akten, von Moriz Hartmann.

Freitag 2. Okt. 3. Quartal. 99. Abonnementsvorstellung. **So machen's Alle** (Cosi fan tutto); komische Oper in 2 Akten, von Mozart; neue Bearbeitung von Eduard Devrient; die Recitative arrangirt von Wilhelm Kallwoda.

Sonntag 4. Okt. 3. Quartal. 100. Abonnementsvorstellung. **Lohengrin**; große Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.



